

Stellungnahme der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Haushaltsplan 2017

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrter Herr Schwunk,
sehr geehrte Mitarbeiter der Verwaltung,
sehr verehrte Ratsmitglieder,
sehr verehrte Vertreter der Presse,
sehr verehrte Gäste,

Der vom Kämmerer eingebrachte Haushaltsentwurf sieht Erträge von etwa 31.600 000 € und Aufwendungen von ca. 32.000.000 € vor. Zum Ausgleich bedienen wir uns der allgemeinen Rücklage in Höhe der fehlenden 416 000€. Dies ist das geringste Defizit, das wir in den drei Jahren, in denen meine Fraktion nun wieder im Rat dabei ist, erleben.

Vor ein paar Wochen durften wir uns über die Nachricht freuen, dass sich aufgrund der sehr guten wirtschaftlichen Entwicklung die Gewerbesteuervorauszahlung im Vergleich zum Haushaltsansatz deutlich erhöht. Dies ist natürlich ein Grund zur Freude, zeigt allerdings einmal mehr, wie abhängig wir in unserer Gemeinde vom Wohl und Wehe der Gewerbesteuer sind. Bedauerlich: Das bessere Ergebnis von 2017 führt dann auch zu einer höheren Kreis- und Abundanzumlage

Die Höhe der Kreisumlage wird zurecht kritisiert: Sparwillen und Sparmaßnahmen, wie sie auf kommunaler Ebene zu finden sind, sind beim Kreis noch nicht im gleichen Maße abzusehen. Einen möglichen Handlungsspielraum hätte der Kreis zum Beispiel bei den Personalkosten, oder der durchaus beträchtlichen Rücklage. Hier erkennen wir das Bemühen und die Zusammenarbeit der elf Bürgermeister¹ des Kreises um eine Reduzierung der Umlage an und bedanken uns für das Mitwirken unseres Bürgermeisters. Wir hoffen, dass die Kommunen weiterhin Zusammenarbeit und Durchsetzungswillen zeigen, um auf Kreisebene eine Entlastung der Kommunen zu erreichen.

Bürgermeister Baumann bezeichnet die Gewerbesteuer oft als „scheues Reh“. Ein Bild, das meiner Meinung nach verharmlost, wie sehr Neunkirchen von dieser Steuereinnahme abhängig ist, insbesondere mit Blick auf den angestrebten Haushaltsausgleich in 2020. Wir müssen in Neunkirchen aufmerksam und nachhaltig die Gewerbeentwicklung vorantreiben, damit diese Einnahmequelle nachhaltig sprudelt. Bei aller Umsicht ist es im Endeffekt jedoch nicht von uns beeinflussbar oder

¹ Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im Text ausschließlich die maskuline Form verwendet. Nichtsdestoweniger beziehen sich die Angaben, wo nötig, auf Angehörige beider Geschlechter.

gar vorherzusehen, wieviel Geld am Ende tatsächlich in die gemeindlichen Kassen fließt. Das kann, wie vor ein paar Wochen, eine erfreuliche Wendung nehmen, es kann aber auch negativ ausfallen und uns böse überraschen.

Zur Stabilisierung unseres Wirtschaftsstandortes begrüßen wir die Erschließung des Gewerbegebiets im Wiesengrund und die Überlegungen, das Gewerbegebiet „Hemmbach“/Heinrichsglück für weitere Gewerbenutzung und –ausbau ins Auge zu fassen. Hier können wir proaktiv agieren und verschiedenen Unternehmen unserer Kommune Möglichkeiten der Erweiterung und Ansiedlung, so wie es gesetzlich richtig und möglich ist, bieten.

Wie sehr es Kommunalpolitiker freut, wenn Bauvorhaben der ortsansässigen Firmen korrekt und legal angebahnt und durchgeführt werden, haben wir ja im letzten Bau- und Planungsausschuss gesehen. Da haben sich alle Fraktionen darüber ausgelassen, wie hocheifrig man sei, dass am Pfannenberg alles vorschriftsmäßig gelaufen ist. Aber bitte: Die Tatsache, dass man herausstellt, dass etwas vorschriftsmäßig vonstatten ging (eigentlich eine Selbstverständlichkeit), zeigt doch nur einmal mehr, dass es bei uns in der Kommune hin und wieder eben nicht korrekt und gesetzeskonform gelaufen ist! Da bekommt die allgemeine Freude doch gleich einen faden Beigeschmack.

Befremdlich ist es dann, dass man über die Unrechtmäßigkeit eines illegal aufgeschütteten Parkplatzes noch diskutieren muss. Absurd wird es, wenn die verantwortliche Firma auf diesem illegalen Bau, der durch Abladen von Schotter, Unrat und Dreck entstanden ist, ein Schild aufstellt auf dem zu lesen ist dass „Müll abladen hier verboten“ sei. Wenn es nicht eigentlich so traurig wäre, könnte man tatsächlich darüber nur lachen.

Neben der Gewerbegebietentwicklung werden wir uns auch weiterhin mit der Entwicklung oder Verbesserung unserer Infrastruktur, der Verkehrserschließung der Ortsmitte Neunkirchens auseinandersetzen müssen. Prof Steinbrecher hat hierzu im Dezember eine umfängliche Präsentation seiner Untersuchung vorgestellt. Zwischenzeitlich hat eine einberufene „Verkehrs-AG“ getagt. Wir halten es für notwendig, die im Moment favorisierte Lösung zur Entspannung der Verkehrssituation noch weiter zu diskutieren und zu prüfen. Uns erscheint eine zusätzliche Abfahrt eines Parkplatzes nicht als ausreichende Maßnahme, um das Gesamtproblem des innerörtlichen Verkehrs anzugehen. Es scheint so, als ob dies die einzige Stelle sei, an der wir ansetzen könnten. Es wäre, in Anbetracht der Kosten für das Gutachten und dessen Umfang, mehr als bedauerlich sich hier mit einer suboptimalen Lösung abzufinden.

Um dem Haushaltssicherungskonzept gerecht zu werden und einen ausgeglichenen Haushalt 2020 zu erreichen, dürfen wir uns nicht nur auf die Gewerbesteuer verlassen. Wir müssen vielmehr mit Bedacht mögliche, nötige Ausgaben prüfen, unnötige Ausgaben aussetzen und Sparpotenziale auf tun. Mögliches Sparpotenzial sehen wir noch immer im Familienbad. Dieses Bad verschlingt jährlich eine Summe von etwa 670.000€. Das von uns im letzten Jahr beantragte Gutachten hatte eigentlich zum Ziel aufzuzeigen, wie und wo man auch hier sparen kann. Auch der Haushaltsentwurf erwartet dass das Bädergutachten Einsparpotenziale aufzeigt, die umzusetzen seien (Seite 282). Bedauerlicherweise hat das Bädergutachten in Punkto „Sparpotenziale im Familienbad“ keine Ergebnisse geliefert. Resultat des Gutachtens war die Schließung der Krambergschwimmhalle, die einstimmig von der Politik mitgetragen wurde. Hier ist es mir noch einmal wichtig herauszustellen: meine Fraktion hat der Schließung nicht zugestimmt, um Geld zu sparen, sondern weil sie aus (bau-) technischen und Sicherheitsgründen notwendig war.

Bitter nun, dass wir das bessere Lehrschwimmbecken verloren haben und uns noch immer mit den immensen Kosten für das Familienbad belasten. Bitter auch, dass zum Beispiel der VTV sich gezwungen sieht, die Schwimmkurse einzustellen, weil das Familienbad unzureichende Bedingungen bietet. In Sachen Familienbad besteht unserer Meinung nach weiterer Handlungsbedarf!

Eine enorme Kostenverschärfung sehen wir in der vom Land verordneten „Änderung der Entschädigungsverordnung für Ratsmitglieder“, die uns jährlich die Rekordsumme nun von 100.000€ kostet. Ganze 24.000 € werden nun mehr ausgezahlt, als bisher. Diese Summe der Mehrkosten resultiert zum Beispiel daraus, dass man jedem Ausschussvorsitzenden eine monatliche (!) Entschädigung von über 200€ zahlen möchte, auch dann, wenn ein Ausschuss nur einmal im Jahr tagt. Wir erkennen durchaus den Versuch des Landes an, Mitbürger für die Kommunalpolitik zu gewinnen – aber doch bitte mit Maß!

Einmal mehr wundere ich mich aber darüber, wie schnell die Herren Fraktionsvorsitzenden sich einig waren, dass man diese Erhöhung umfänglich mitträgt, obwohl es hier Gestaltungsspielraum gibt, um Einsparungen vorzunehmen. In der Siegener Zeitung war vor ein paar Tagen zu lesen: „1000€ pro Stunde – das ist nicht akzeptabel“, bei den Parteien unserer Kommune ist es das aber anscheinend doch. Bei allem Respekt vor der geleisteten Arbeit der Ratskollegen und Ausschussvorsitzenden, die in den Genuss dieser verordneten Erhöhung kommen: wir sollten in der gemeindlich finanziell schwierigen Lage besser doch noch einmal darüber beraten, inwieweit wir hier Einsparungen vornehmen können. Und das sollten wir vielleicht nicht nur im Kreise der Fraktionsvorsitzenden tun, sondern mit allen

„Betroffenen“. Wir werden zeitnah einen entsprechenden Antrag formulieren und einbringen.

Meine Fraktion wünscht sich einen weiterhin sensiblen Umgang im Zusammenhang mit den Flüchtlingszuweisungen und den Menschen, die zu uns kommen. Es ist gelungen, Strukturen zu etablieren, die die Arbeit von Ehrenamtlern und der Verwaltung verzahnen. Dies ist mit Sicherheit der richtige Ansatz, um möglichst effektiv und umfänglich geflüchtete Menschen aufzunehmen und Integration voranzutreiben. Ich will es nicht versäumen, den vielen ehrenamtlich Tätigen an dieser Stelle den ausdrücklichen Dank meiner Fraktion und des Ortsverbandes auszusprechen: den Personen die in der Kleiderkammer arbeiten, den Mitarbeitern der Fahrradwerkstatt, den Sprachlern-Helfern, den vielen Einzelpersonen die sich der Flüchtlinge annehmen, den vielen Neunkirchenern, die durch Spenden helfen und allen, die ich jetzt nicht im Einzelnen aufzählen kann. Wir alle, und insbesondere die Verwaltung, müssen weiterhin Sorge dafür tragen, dass die Geflüchteten bei uns menschenwürdig aufgenommen und behandelt werden und wohnen können. Mehr und mehr anerkannte Flüchtlinge leben zukünftig in Neunkirchen. Da sie meist keine Wohnungen finden bleiben sie weiterhin in den Unterkünften und blockieren diese für andere zugewiesene Flüchtlinge. Auch im (finanziellen) Interesse unserer Gemeinde müssen wir sie bei der Wohnungssuche unterstützen.

Es gibt wohl einzelne Geflüchtete, die ein erhöhtes Anspruchsdenken mitbringen und sich unangemessen verhalten. Diesem Verhalten müssen wir entschieden begegnen. Die allermeisten Flüchtlinge aber, so wird von den Ehrenamtlern bestätigt, verhalten sich korrekt, freundlich und dankbar. Wir - und damit schließe ich auch ausdrücklich die Verwaltung mit ein - müssen unbedingt da entgegenwirken, wo das negative Verhalten von Wenigen die Mehrheit in Verruf bringt. Flüchtlinge unter negativen Generalverdacht zu stellen, spielt den Populisten in die Hände. Wir können alle froh sein, dass sich bei uns noch keine „rechten Strömungen“ strukturell etabliert haben.

Es bleibt abschließend zu konstatieren: Die Fraktion der Grünen wird das Bestreben um die Reduzierung von Ausgaben und das Umsetzen der Konsolidierungsmaßnahmen unterstützen und vorantreiben. Dies alles immer unter der Prämisse des tatsächlichen Nutzens für unsere Bürger.

Daher stimmt meine Fraktion dem Haushaltsentwurf 2017 zu.

Ich möchte meine Ausführungen mit einer kleinen Anekdote beenden: Vor einigen Wochen war ich zu Gast in einer bayerischen Gemeinde am Starnberger See. Dort

unterhielt ich mich auf einer Feier mit einer Ratsvertreterin einer Partei, die man hierzulande gar nicht wählen kann. Die Frau war aber trotzdem sehr nett und sie erzählte mir begeistert von den überragenden Leistungen ihres Bürgermeisters, wie dieser die Gemeinde vertrete und Projekte anbahne und umsetze, würde seinesgleichen suchen. Als sie mir dann noch erklärte, ihr Bürgermeister sei ein hervorragender Jodler, habe ich sie unterbrochen und gesagt: „Wissen Sie, unser Bürgermeister jodelt nicht. Er hat auch keinen Grund zum Jodeln, er muss nämlich wirklich arbeiten - und das, so könnte man sagen „unter verschärften Bedingungen“, denn zumindest finanziell befinden wir uns in Neunkirchen ja in einer schwierigen Lage.

Und für die geleistete Arbeit, Herr Bürgermeister, möchte ich mich im Namen der Fraktion und des Ortsverbandes der Grünen bei Ihnen und den Mitarbeitern der Verwaltung bedanken.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Neunkirchner Rat,

Manuela Königer
Fraktionsvorsitzende

Es gilt das gesprochene Wort